

- 1 | Neues Forum gegen Rechtsextremismus – Thema eins am 14. April: Nazis im Netz
 - 2 | Heitmeyer-Studie in der Diskussion – Jetzt konkrete Schritte planen
 - 3 | Runder Tisch organisiert Solidarität – Bürger in Dorstfeld wehren sich
 - 4 | Rückblick: Gedenkfeier zur Reichspogromnacht – Niemand konnte wegsehen
 - 5 | Auseinandersetzung endet nicht an Stadtgrenzen – Mobile Zivilcourage
 - 6 | Notiert
- Kontakt, Impressum
-

1 | Arbeitskreis lädt ein zum ersten Forum gegen Rechtsextremismus

Thema eins am 14. April: Nazis im Netz

Sie sind nicht mehr auf den ersten Blick an Stiefeln und Glatzen erkennbar. Die neuen Nazis haben sich angepasst. Sie nutzen ein Outfit und Symbole, die es schwerer machen, sie zu erkennen und der rechten Ecke zuzuordnen. Mit griffigen Slogans und vordergründig attraktiv gestalteten Websites sprechen sie vor allem jungen Menschen an. „Nazis im Netz“ ist deshalb der Titel des ersten Forums gegen Rechtsextremismus, zu dem der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus einlädt.

Nazis im Netz

Das 1. Dortmunder Forum gegen Rechtsextremismus

14. April 2010, 18:00 Uhr in der Auslandsgesellschaft NRW,
Steinstraße 48, 44147 Dortmund, Nordausgang des Hauptbahnhofs.

Es referiert einführend Dr. Thomas Pfeiffer,
Sozialwissenschaftler an der Ruhr-Universität Bochum und Mitarbeiter des Innenministeriums
NRW. Ergänzend informiert ein Experte der Fachhochschule Dortmund spezieller über die
Dortmunder Neonazi-Szene im Internet.

Der Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus lädt zu diesem Forum und weiteren Veranstaltungen alle Bürgerinnen und Bürger ein, die es genauer wissen wollen und Austausch suchen. Menschen, die sich aktiv gegen Neonazis in unserer Stadt Dortmund engagieren wollen. Jeder kann mitmachen: Einzelpersonen, Initiativen. Gruppen.

Zwei weitere Forum werden schon vorbereitet: Im Juni sind „Ideologie und Strategie der Autonomen Nationalisten in Dortmund“ das Thema. Im Oktober untersuchen wir Zusammenhänge in der gesellschaftlichen Realität: „Soziale Lage und Rechtsextremismus“.

Wer sich unter der Mailadresse Forum-gegen-Rechts@gmx.de anmeldet, erhält zu allen Foren eine persönliche Einladung. Darüber hinaus wird im Monat April eine eigene Homepage eingerichtet: www.dortmund-rechts.de.

Pastor Friedrich Stiller (Evangelische Kirche) und Ralf Beltermann (Deutscher Gewerkschaftsband), die Sprecher des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus, in dem Kirchen, Gewerkschaften,

Parteien, Verbände und Bildungseinrichtungen zusammenarbeiten, unterstreichen, dass das neue Forum Gelegenheit bieten will, sich dauerhaft und fundiert mit dem Naziproblem in dieser Stadt aktiv auseinanderzusetzen. Zivilcourage ist gefordert, seit sich Neonazis im Stadtteil Dorstfeld festgesetzt haben, Menschen drangsaliieren, gegen Rechts engagierte Jugendliche im Internet angreifen. In Erinnerung ist auch, dass Nazis am 1. Mai letzten Jahres erstmals offensiv eine Kundgebung des DGB attackiert haben. „Darum gründen wir jetzt das FORUM GEGEN RECHTSEXTREMISMUS. Dort kann jeder mitmachen, der aktiv werden will, ohne gleich einem Verein beizutreten. Nach und nach können die Teilnehmer ihre Themen und Fragen einbringen, vielleicht sogar gemeinsam Aktionen planen.“

Übrigens: Das Forum ist eine öffentliche Veranstaltung, die sich kritisch mit dem Auftreten der neuen Nazis auseinandersetzt. Ein Forum zu ihrer Selbstdarstellung wird ihnen damit nicht geboten. Entsprechend § 6 Abs. 1 VersG sind deshalb Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von der Versammlung ausgeschlossen. Unabhängig davon behalten sich die Veranstalter ausdrücklich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen

2 | Heitmeyer-Studie in der Diskussion

Jetzt konkrete Schritte planen

Der Dortmunder Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus sieht nach Vorliegen der vom Rat der Stadt in Auftrag gegebenen Untersuchung „Analysen und Handlungsvorschläge zum Rechtsextremismus in Dortmund“ jetzt das Erarbeiten eines konkreten lokalen Aktionsplanes als vordringlich an. Die vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (IKG) unter Leitung von Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer erarbeitete Analyse („Heitmeyer-Studie“) leistet eine solche handlungsorientierte Planung nicht.

Der Arbeitskreis hat sich mit der Studie ausführlich beschäftigt und sie in einer Stellungnahme kritisch bewertet. Er stellt fest, dass der erste Teil der Studie (B 1) eine gute Unterstützung zur Entwicklung eines lokalen Aktionsplans bietet. Die Sozialraum- sowie die Netzwerkanalyse (B2/ B3) zeigten aber methodische Schwächen, deren Ergebnisse für ein lokales Handlungskonzept kaum weiter verwertbar sind

Die Heitmeyer-Studie bietet, wie es in der Stellungnahme des Arbeitskreises heißt, durch die Unterscheidung zwischen aktions- und mitgliedschaftsorientierten Gruppen einen guten, strukturierten Überblick über die rechtsextremistischen Gruppierungen in Dortmund. Daneben lasse die Studie allerdings eine Analyse der Gruppengröße, der ökonomischen Grundlagen bzw. Aktivitäten und der Alterstruktur vermissen. Inhaltlich fänden leider die „Skinheadfront Dorstfeld“ keine und zwei Nachfolgeorganisationen der Borussenfront lediglich in Nebensätzen eine Erwähnung, was für die Relevanz dieser Gruppen zu wenig erscheint.

Mit einer Sozialraumanalyse und einer Befragung in Bezug auf menschenfeindliche Mentalitätsbestände in den Stadtbezirken Eving und Innenstadt-West versucht die Studie im zweiten Teil demokratiefeindliche Potentiale aufzudecken. Der Arbeitskreis kritisiert, dass hier die Analyse auf der Ebene der kommunalpolitisch definierten Stadtbezirke angesetzt und nicht auf Ebene der kleineren Stadtviertel vorgenommen wurde. So werden z.B. in den Ergebnissen des Bezirks Innenstadt-West die sozio-kulturell und ökonomisch sich stark unterscheidenden Viertel Dorstfeld und Kreuzviertel subsumiert. „Die dadurch bedingte Blindheit der methodischen Herangehensweise hat leider die Chance verschenkt, die lokalen Voraussetzungen oder Faktoren zu identifizieren, die zur Entwicklung der akuten rechtsextremistischen Bedrohung in Dorstfeld beigetragen oder sie zumindest passiv unterstützt haben könnten.“

Der letzte Untersuchungsteil ist eine Netzwerkanalyse der Akteure gegen den Rechtsextremismus. Der Arbeitskreis bemängelt, dass die Analyse auf der Ebene von Personen ansetzt und nicht von Institutionen. Die Analyse zeige, dass das in Dortmund vorgefundene Netzwerk einem vorher erarbeiteten Idealnetzwerk mit wenigen Verbesserungsmöglichkeiten doch recht nahe kommt. Der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus und seine Sprecher nehmen dabei eine zentrale Stellung ein. Leider werde aber die politische Landschaft außer Acht gelassen, in der sich die handelnden Akteure in Beziehungen setzten. „Dadurch wird nicht wahrgenommen, dass es in Dortmund mindestens zwei unabhängige und sich abgrenzende Netzwerke gibt, die mit der Koordinationsstelle zusammen arbeiten. Diese beiden Netzwerke bestehen in unterschiedlicher Weise aus kooperierenden Institutionen; ein wesentliches Faktum, dass für die Entwicklung eines funktionierenden lokalen Handlungskonzeptes grundlegend ist. Weiterhin blendet die Netzwerkanalyse den ganzen Bereich der jugendlichen antifaschistischen Gruppierungen (wie etwa die Autonomen, die Antiimperialisten, usw.) aus. Diese Gruppierungen arbeiten zwar nicht (direkt) mit der Koordinationsstelle zusammenarbeiten, dennoch sind sie Akteure, die bei einer ‚Status quo-Erhebung‘ der politischen Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus nicht übergangen werden dürfen.“

Der Arbeitskreis sieht es nun als vordringlich an, dass die Stadt unter maßgeblicher Beteiligung ihrer Koordinierungsstelle für Vielfalt, Demokratie und Toleranz einen lokalen Aktionsplan erarbeitet: „Es muss jetzt umgehend Schritte geben, die die lokalen Akteure, d.h. die Kommune und die zivilgesellschaftlichen Akteure in ihrem Engagement stärken und zielgerichtete Maßnahmen ermöglichen, insbesondere auch angesichts der dynamischen Entwicklung in der Neonazi- Szene.“

Der Arbeitskreis wird sich an der Erarbeitung eines solchen Aktionsplans beteiligen. Er sieht unter anderem besonderen Handlungsbedarf gegenüber der aktuellen Ausbreitung der bedrohlichen Nazi-Szene in Dorstfeld, hinsichtlich einer weiteren Vernetzung des demokratischen Protestes, im Blick auf eine Klärung und Reflektion der Rolle von gesellschaftlich wichtigen Akteuren wie der Polizei und den Medien.

3 | Runder Tisch mit Arbeitsgruppen organisiert Solidarität

Bürger in Dorstfeld wehren sich

Mehrfach hat der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus die angespannte Situation im Stadtteil Dorstfeld erörtert. Dort haben sich in den vergangenen Monaten zunehmend Rechtsextremisten angesiedelt und Bewohner des Stadtteils massiv belästigt und sogar bedroht. Der Fall einer Familie löste im Oktober landesweit Empörung aus. Sie hatte sich als Gegner der Nazis zu erkennen gegeben und war dann mit Drohungen, Sachbeschädigung und einem Steinwurf-Anschlag so lange angegriffen worden, bis sie sich entschloss, ihren Wohnsitz zu verlegen.

Nachdem sie sich gegenüber den rüden Attacken der Nazis zunächst allein gelassen glaubte, fand sie im Herbst doch spürbare Unterstützung der lokalen Politik und Presse. Auch der Arbeitskreis gegen Rechtsextremismus zeigte seine Solidarität mit einer symbolischen Mahnwache. Allerdings mussten die Akteure erkennen, dass es besonders schwierig ist, bedrängten Bürger, die individuell und aus der Anonymität heraus bedrängt werden, wirkungsvoll rund um die Uhr zu beschützen.

"Wir bieten an, vor Ort konkret zu beraten und die Arbeit des Runden Tisches zu unterstützen", erklärte Friedrich Stiller, einer der Sprecher des Arbeitskreises. Ralf Beltermann vom DGB wies darauf hin, dass der Arbeitskreis gezielt Multiplikatoren seiner Mitgliedsorganisationen im Dorstfelder Bereich anspricht, damit sich diese am Runden Tisch in Dorstfeld einbringen.

Der „runde Tisch“ in Dorstfeld hat sich in diesem Jahr bisher zwei Mal getroffen, im Januar und im März. Die nächste Sitzung wird im Mai sein. Inzwischen gibt es drei Arbeitsgruppen zu den Themen: „Angst und Angsterfahrung“, „Infolyer für Opfer rechter Gewalt und Aktivitäten gegen Rechts“ sowie „Checkliste‘ gegen Nazi-Anwesenheit bei Veranstaltungen oder in Vereinen“.

Bezirksbürgermeister Friedrich A. Roesner hat die Sorge geäußert, dass die Nazis im nun beginnenden Landtags-Wahlkampf die Wahlkampfaktionen der demokratischen Parteien behindern und belästigen könnten. In diesem Zusammenhang will der Arbeitskreis jeweils samstags auf dem Wilhelmplatz unterstützende Präsenz für die demokratischen Parteien zeigen. Es sollte ein Stand aufgestellt und das Banner „bunt statt braun“ aufgehängt werden.

Der Arbeitskreis diskutierte bereits im November auch den „Monitor“-Bericht „Allein unter Nazis“, der nach Auffassung vieler Fernseh-Zuschauer eine irreführende Darstellung der Vorgänge um die Dorstfelder Familie gab. Diese Kritik wurde von den Arbeitskreismitgliedern geteilt. Der journalistische Effekt sei offensichtlich wichtiger gewesen als eine realistische Darstellung, meinte Stiller. So habe Monitor nur über angeblich ratlose Politiker und Polizisten sowie flugblattverteilende Neonazis berichtet, während man die Mahnwache der Evangelischen Kirche und des Arbeitskreises sowie das Bemühen um öffentliche Aufklärung und die Entwicklung neuer Strategien gegen den individuellen Terror unterschlagen habe. Das sei unseriös, weil man in Dortmund eben nicht allein unter Nazis sei.

5 | Rückblick: Gedenkfeier zur Reichsprogromnacht

Niemand konnte wegsehen

Die Erinnerung an den nationalsozialistischen Pogrom des 9. Novembers 1938 und das Gedenken an die Opfer standen – 71 Jahre danach - im Mittelpunkt der Ansprache von Zwi Rappoport während der diesjährigen Gedenkfeier im Opernhaus. Das Vorstandsmitglied der Dortmunder Kultusgemeinde fokussierte dabei den Blick von den Ereignissen im ganzen Deutschen Reich auf die Judenverfolgung in dieser Stadt.

Was in die Alltagssprache als „Reichskristallnacht“ einging, als habe es sich nur um die Scherben von Glas und Fensterscheiben gehandelt, charakterisierte Rappoport als „eine der zentralen Wegmarken des Völkermords“. Nachdem bis zu diesem Datum die Maßnahmen gegen die Juden noch mit dem Anschein von Gesetzeskonformität bemäntelt waren, zeigte die Pogromnacht, so Rappoport, „offen das mörderische Gesicht der Hitlerdiktatur“.

Aus Sicht der Nationalsozialisten erwies sich dieses Datum als gelungener Test der deutschen Bevölkerung: „Den November-Pogrom von 1938 haben alle Deutschen in der einen oder anderen Weise unmittelbar miterlebt, sei es dass sie die Misshandlungen, Brandstiftungen, Verwüstungen und Plünderungen selbst gesehen oder sich gar an ihnen beteiligt, sei es, dass sie davon gehört haben.“

Niemand konnte nach Rappoport's Worten die Augen und Ohren davor verschließen, dass in dieser Nacht mindestens 91 jüdische Bürger ermordet, tausende misshandelt und verletzt wurden, an die 30.000 verhaftet, an die 20.000 in Konzentrationslager verschleppt wurden. 7.500 Geschäfte wurden zerstört und teilweise geplündert, 1.000 Synagogen und Bethäuser geschändet und angezündet, viele Friedhöfe verwüstet. Die ersten Schritte zum Holocaust waren getan.

Auch wenn nicht alle Deutschen vom ungeheuren Verbrechen des Völkermords wussten, so ließ der Sprecher doch keinen Zweifel daran, dass die Pogromnacht hätte aufrütteln müssen: „Denn es geschah vor aller Augen; die deutsche Bevölkerung wusste alles. Es geschah in ihrer Stadt, in ihrem Dorf, in ihrer Straße, in ihrem Haus, verübt von Deutschen an Deutschen, eben nur, weil sie Juden waren.“

Die Bilanz in Dortmund: Die Synagoge in Hörde wurde in Brand gesetzt und zerstört. Die kleine Synagoge in Dorstfeld wurde geschändet und wenig später abgerissen. Die große Synagoge am Wall war bereits im Oktober 1938 wegen ihrer Nachbarschaft zur Kreisverwaltung der NSDAP abgerissen worden (Siehe dazu Gemeindeblatt 43). Die Friedhöfe in Aplerbeck, Wickede und Wambel wurden verwüstet.

Rappoport erinnerte daran, dass zahlreiche jüdische Männer in der Steinwache inhaftiert und zum Teil nach Sachsenhausen verschleppt wurden, um nach Wochen und Monaten – zumeist nach Zahlung einer „Judenbuße“ – freigelassen zu werden. Von den ehemals 4.200 Dortmunder Juden der Weimarer Zeit, wurden mindestens 2.200 in den Todeslagern ermordet. Weniger als 50 gründeten die jüdische Gemeinde

von Dortmund neu, die heute – dank der Zuwanderung aus der früheren Sowjetunion – wieder fast 4.000 Mitglieder zählt.

Vielfalt gegen Rechtsextremismus

Zu Beginn der Gedenkfeier sprach der vor der Wahlanfechtung noch amtierende Oberbürgermeister Ullrich Sierau. Auch er kennzeichnete die Pogromnacht als ein von den Nationalsozialisten planvoll angestiftetes Verbrechen und Scheitelpunkt des staatlich gesteuerten Antisemitismus auf dem Weg zur Schoah.

Sierau: „Dies alles geschah unter den Augen des nicht-jüdischen Teils der deutschen Bevölkerung. Es wurde geduldet, hingenommen und oftmals auch begrüßt. Es wurde aber kaum – zumindest nicht öffentlich – kritisiert, geschweige denn dagegen protestiert.“

Der Oberbürgermeister erklärte, oberstes Ziel müsse heute sein zu verhindern, dass sich nationalsozialistisches Gedankengut, Rassismus und Antisemitismus – also Ausgrenzung, Unterdrückung, Verfolgung und Vernichtung – jemals wieder ausbreiten. Rechtsextremismus und Antisemitismus bezeichnete er als ernstzunehmende Gefahr, der mit allen Mitteln unseres Rechtsstaats entgegengetreten werden müsse: „Heute setzen wir uns in Dortmund für Vielfalt, Toleranz und Demokratie ein. Wir können rechtsradikalen Tendenzen und Antisemitismus begegnen, indem wir Werte wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Menschenwürde wirklich leben und vorleben.“ (KC)

6 | Auseinandersetzung endet nicht an Stadtgrenzen

Mobile Zivilcourage

Regionale Vernetzung ist zunehmend ein Thema bei den Treffen des Arbeitskreises. Inzwischen wurden Initiativen der Nachbarstädte eingeladen, um den Aktivitäten der Nazis auch über die Stadtgrenzen hinaus wirkungsvoll entgegen zu treten. Beteiligt waren Vertreter aus Bochum, Lünen, Waltrop, Hamm und die Koordinierungsstelle der Stadt Dortmund.

Dabei war auch Ralf Erik Posselt, Koordinator des neu gebildeten Beratungsnetzwerks Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Arnsberg. Er gab einen Überblick über Neonaziaktivitäten in der Region. Dortmund sei ein Zentrum der Neonazis geworden und übe inzwischen sogar eine Sogwirkung auf die umliegende Region aus. Dies bestätigten die Vertreter aus den anderen Städten.

Posselt hat in den letzten Monaten das bei Schwerte an der Ruhr gelegene Haus Villigst der Evangelischen Kirche zu Westfalen zu einem hoch aktiven Zentrum gegen Rechtsextremismus und Rassismus ausgebaut. Das Netzwerk „SOS-Rassismus-NRW“ (www.sos-rassismus-nrw.de) und die „Gewaltakademie Villigst“ (www.gewaltakademie.de) bieten eine Reihe von Seminaren, Dokumentationen und Querverbindungen, die junge Leute anleiten und ermutigen sollen, Demokratie und Pluralität leben zu lernen. Posselt wird nun seine Erfahrungen verstärkt im Regierungsbezirk Arnsberg, als im südöstlichen Teil von Westfalen einbringen.

Allerdings gibt es auch am Rhein, in Köln und Duisburg im Zusammenhang mit den dortigen Moschee-Neubauten eine neue Konzentrierung rechtsextremer Aktivitäten, die – auch unter der Firmierung von Pro NRW e.V. – es darauf abgesehen haben, anti-islamische Ressentiments zu schüren. Eine größere rechtsextreme Veranstaltung des Pro NRW e.V. in Duisburg Marxloh fiel am letzten Wochenende allerdings, was die Teilnehmerzahl anging, eher kläglich aus. Während eine nur dreistellige Zahl von Rechtsextremen zusammen kam, fand das multikulturelle und der religiösen Vielfalt durchaus aufgeschlossene Duisburg Unterstützung und Besuch von mehreren tausend demokratischen Demonstranten.

7 | Notiert

Ralf Beltermann hat Eberhard Weber als Sprecher des Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus abgelöst und vertritt den Arbeitskreis nun mit dem evangelischen Pastor Friedrich Stiller nach außen. Eberhard Weber wurde zum Jahreswechsel in den Ruhestand verabschiedet. Gleichzeitig wurde der Zuständigkeitsbereich der DGB-Zentrale Dortmund, über das Östliche Ruhrgebiet hinaus um den Kreis Soest erweitert, was sich in der neuen Bezeichnung „DGB Region Dortmund Hellweg“ spiegelt. Die neue Kreisvorsitzende und Weber-Nachfolgerin Jutta Reiter hat wegen der umfangreichen Neustrukturierung der Arbeit den Organisationssekretär Ralf Beltermann gebeten, der im Arbeitskreis von Anfang an engagiert mitgewirkt hat, einstweilen auch die Aufgabe des Sprechers mit zu übernehmen.

Hinweise auf die Veranstaltungen zum Gedenken an die Dortmunder Karfreitagsmorde von 1945 finden sich auf der Website www.erport-do.de. In den letzten Wochen und Monaten vor der Befreiung von der NS-Diktatur fanden überall Massenerschießungen statt. Alle Opfer die gegen die Täter aussagen konnten und auch diejenigen die für den Aufbau eines starken demokratischen Deutschlands wichtig sein konnten, sollten ermordet werden. Selbst als die amerikanischen Truppen vor Dortmund standen fanden noch Massenerschießungen statt. Zur Erinnerung an diese Verbrechen findet jedes Jahr am Karfreitag eine zentrale Gedenkveranstaltung der Stadt Dortmund am Mahnmahl in der Bittermark statt. An dieser Stelle ermordete die Gestapo um Ostern 1945 ca. 300 Frauen und Männer.

Eine Online-Beratung gegen Rechtsextremismus ist unter der URL www.online-beratung-gegen-rechtsextremismus.de als bundesweites Projekt des Vereins gegen Vergessen – für Demokratie e.V. eingerichtet worden.

KontraRE

ist ein Informationsdienst des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus.

Dem Arbeitskreis, dem größten Zusammenschluss gegen Rechtsextremismus in unserer Stadt, gehören Organisationen mit einer großen Zahl von Gruppierungen und Einheiten an. Damit haben sich die wichtigsten gesellschaftlich relevanten Dortmunder Gruppen zusammengetan, um gemeinsam für die demokratischen und humanistischen Traditionen unserer Stadt einzutreten. Zentrales Ziel ist, allen Versuchen rechtsextremistischer, neofaschistischer und ausländerfeindlicher Kreise entgegenzuwirken, Dortmund zu einem Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auszubauen.

Mitgliedsorganisationen des Dortmunder Arbeitskreises gegen Rechtsextremismus sind (in alphabetischer Folge): Arbeiterwohlfahrt (AWO), Auslandsgesellschaft NRW e.V., Bündnis 90/Die Grünen, CDU Kreisverband Dortmund, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) – Region Dortmund-Hellweg, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV), Evangelische Kirche / VKK Dortmund und Lünen, Ev. Studierendengemeinde, Fachhochschule Dortmund, Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, Internationales Bildungs- und Begegnungszentrum (IBB), Jugendring Dortmund, Katholische Stadtkirche Dortmund, Pro Dortmund e.V., SPD Unterbezirk Dortmund, Verein gegen Vergessen – für Demokratie e.V. (Östliches Ruhrgebiet)

Sprecher des Arbeitskreises und verantwortlich für Verlautbarungen des Arbeitskreises sind:

Pfarrer Friedrich Stiller

Referat für Gesellschaftliche Verantwortung der Vereinigten Kirchenkreise Dortmund und Lünen, Jägerstr. 5, 44145 Dortmund, Ruf 0231-8494-3 73, Mail rgv@vkk-do.de, Internet www.vkk.org

Ralf Beltermann

DGB Region Dortmund-Hellweg, Ostwall 17 – 21, 44135 Dortmund, Ruf 0231-557044-0/25, Mail dortmund@dgb.de, Internet www.region-dortmund-hellweg.dgb.de

Presserechtlich verantwortlich für den Inhalt von **KontraRE** sind die Redakteure **Klaus Commer** und **Rainer Zunder**. Mailadresse der Redaktion: KontraRE@gmx.de.

KontraRE wird auf Wunsch kostenfrei per E-Mail zugesandt. Wer **KontraRE** erhalten oder abbestellen möchte, teilt dies ebenfalls unter der Adresse KontraRE@gmx.de mit Angabe seiner Mailadresse mit.

Redaktionsschluss und Versand dieser Ausgabe: 30.03.2010
